

Schweiz am Sonntag

ANZEIGE
Aktuelle Hypothekenzinsen Vergleichen Sie über 50 Anbieter. Kostenlose Beratung vom Experten www.moneypark.ch/hypothek
Geldanlage Schweiz - 12% 12% Rendite im Jahr - EURO frei - ohne Risiko & zu 100% steuerfrei! sharewoodag.com/Schweizer-Rendite
HWS - Wir bieten Chancen Basel: Aus- und Weiterbildungen in Handel, Management, Medical www.hws.ch/manage [Datenschutzinfo](#)

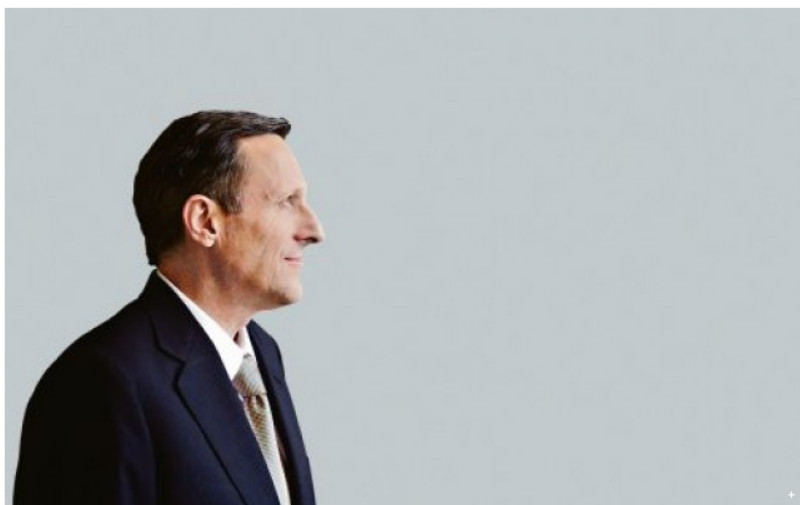
Startseite Wirtschaft Geld Politik Nachrichten Sport Menschen Medien Meinung Leser-Ecke

«1:12-Initiative ist löchrig wie Emmentalerkäse»

Von Florence Vuichard

Samstag, 20. Juli 2013 23:30

Twittern 10 +1 0 Empfehlen 11 Personen empfehlen das.



Vom Novartis-Lenker zum Berater: Daniel Vasella kassiert weiter. Foto: HO

Beraterverträge, Überstundenabrechnung, Auslandsaufenthalte: Millionen-Saläre wären auch mit der 1:12-Initiative möglich, über die am 24. November abgestimmt wird.

Daniel Vasella ist der beste Wasserträger der Jungsozialisten: Er foutiert sich offensichtlich um die politische Agenda und schürte diese Woche zum wiederholten Mal die Empörung über die Selbstbedienungsmentalität in den Chefetagen. Damit verleiht er der 1:12-Initiative neuen Schub. Sie verlangt, dass der Bestbezahlte in einem Unternehmen in einem Monat nicht mehr verdienen darf, als der Mitarbeiter mit dem tiefsten Lohn in einem Jahr.

Der Fall Vasella zeigt aber vor allem eines: Die Juso-Initiative kann die Grossverdiener nicht stoppen. Bei Annahme können sie sich, beispielsweise, als Berater mandatieren lassen. Damit fallen sie nicht mehr in die verordnete Lohnspannbreite, die – theoretisch – zur Folge hat, dass Chefs kaum mehr als 600 000 Franken verdienen dürfen. Im Fall Novartis könnte Vasella zu seinem vereinbarten fixen Tagesansatz von 25 000 Dollar problemlos 50 Tage arbeiten und ein Honorar von 1,25 Millionen Dollar einstreichen.

Berater statt Angestellter: Das ist nicht das einzige Schlupfloch. «Die Juso-Initiative ist löchrig wie ein Emmentalerkäse», hält der frühere SP-Präsident Peter Bodenmann fest. So könnten sich laut Bodenmann Manager Überstunden mit einem Zuschlag von 25 Prozent auszahlen lassen. Oder einen Teil ihrer Arbeit übers Ausland abrechnen, wo sie in der Regel einen schönen Teil ihrer Arbeitszeit verbringen – und wo andere Arbeitsbestimmungen gelten. Bodenmanns Fazit: «Ein Manager, der 75 Stunden pro Woche arbeitet und einen Drittel seiner Zeit im Ausland unterwegs ist, kann weiterhin so viel verdienen wie fünf Bundesräte zusammen.» Also deutlich mehr als 2 Millionen Franken.

Es gibt noch mehr Löcher: Grossaktionäre können sich zum Beispiel zusätzlich zum Lohn Dividenden auszahlen. Konzerne wiederum haben die Möglichkeit, ganze Abteilungen auszugliedern – in andere Firmen oder in Schwesterunternehmungen, im Inland wie im Ausland. «Die tiefsten Löhne lässt man einfach über Adecco oder Manpower laufen», sagt Ständerat Thomas Minder (SH), der Vater der Abzocker-Initiative. «Und die Toplöhne werden in eine separate Aktiengesellschaft ausgelagert.» Da diese ohnehin dauernd auf Reisen im Ausland seien, könnten sie auch plausibel erklären, wieso ihr Gehalt über eine ausländische Buchhaltung abgewickelt würde.

Ein anderes Umgehungszenario brachte SVP-Ständerat Peter Föhn (SZ) während der parlamentarischen Debatte ins Spiel: Grosskonzerne könnten ihre Abteilungen unter einem Holdingdach aufteilen. «Die Grossverdiener würden dann einfach von mehreren Firmen Lohn beziehen.» Und FDP-Fraktionschefin Gabi Huber (UR) warnte: «Solche sinnlosen Regulierungen würden die Fantasie für Umgehungen ankurbeln.»

Sonntagsfrage Meist gelesen

Wenn heute Abstimmung wäre: Würden Sie die 1:12-Initiative annehmen?

JA NEIN

Die Umfragen sind nicht wissenschaftlich und widerspiegeln lediglich die Meinungen jener Internetbenutzer, die sich zu einer Teilnahme entschlossen haben. Die Resultate sind nicht repräsentativ für die Allgemeinheit der Internetbenutzer oder das allgemeine Publikum.

ANZEIGE

Google™ Benutzerdefinierte Suche

TWITTER

Mark Balsiger @Mark_Balsiger 3h
 @KueddeR Kolumne von Michael @mhermann_ ergänzt frühere Diskussion über #Autorisierung von Interviews. @A_Cassidy @davidbauer @ronniegrob
 ↳ Retweeted by Alan Cassidy
 Expand

Raffael Schuppisser @raff_schupp 13h
 Warum wir alle zu #Cyborgs werden - sofern wir es nicht schon sind. Der englische Bioethiker @andymiah im Interview. aargauerzeitung.ch/wissen/forschu...

Alan Cassidy @A_Cassidy 21h
 Danke an @MPaustian für spannende Diskussion und Führung durch @BILD-Redaktion - viele Eindrücke mitgenommen.

Peter Burkhardt @PeterBurkhardt 22 Jul

Peter Bodenmann wird der Initiative trotz Löchern zustimmen und würde ein Ja als «starkes Signal in die richtige Richtung» werten. Anders Thomas Minder. «Die Initiative ist schlecht formuliert», sagt er. «Sie lässt zu viele Hintertüren offen.» Er habe einen Gegenvorschlag zu 1:12 angeregt: Er wollte alle börsenkotierten Gesellschaften verpflichten, ein Lohnband in ihre Statuten zu schreiben. «Das würde die Exzesse effizienter stoppen.» Minders Rechnung: Mit einem fixen Lohnband, auch einem von 1:100 oder 1:200, hätte Vasella nie in einem einzigen Jahr 44 Millionen Franken verdienen können. Denn keine Firma würde freiwillig eine Lohnschere von 1:900 zulassen.

Die Löchrigkeit der Initiative zeigt ihr Problem, könnte ihr aber auch den Schrecken nehmen und damit bürgerliche Ja-Stimmen bringen. Denn es entsteht der Eindruck: Wenn die Wirtschaftschefs Auswege finden, dann könnten sie wohl auch mit der Initiative leben. Abwanderungsdrohungen wirken vor diesem Hintergrund weniger glaubwürdig. Schon bei der Abzocker-Initiative verpufften die Drohungen wirkungslos. «Weil Economiesuisse auf der Intensivstation liegt, malt jetzt Avenir Suisse – nomen est omen – die Teufel an die Wand», sagt Bodenmann. «Lächerlich.»

SP-Nationalrat Cédric Wermuth (AG), die treibende Kraft hinter der Initiative, wehrt sich gegen den Vorwurf der Löchrigkeit. «Natürlich werden am Tag, an dem die Initiative angenommen wird, 100 Ideen propagiert, wie man sie umgehen kann. Aber letztlich geht es um den politischen Willen, der mit einem Ja zur Initiative umgesetzt werden muss. Es geht hier um einen Grundsatzentscheid. Die technischen Details muss das Gesetz regeln.» Wenn das Parlament wolle, könne es alle Schlupflöcher schliessen. Ob das Parlament, das die 1:12-Initiative grossmehrheitlich ablehnt, den Willen dazu hätte, ist jedoch fraglich.

Novartis muss den Vertrag mit Vasella als ehemaliger Führungsperson offenlegen – spätestens im Geschäftsbericht 2013. Auf die Frage, wieso der sonst eher mit Informationen zurückhaltende Pharmakonzern diesmal sofort kommuniziert hat, liefert Christian Favre eine interessante Interpretation. Der Präsident der Westschweizer Vereinigung von Arbeitsrechtsspezialisten fragt in der Zeitung «Le Temps» rhetorisch: «Und wenn es eine Art ist, dem Schweizervolk zu zeigen, dass börsenkotierten Firmen trotz der Annahme der Minder-Initiative andere Möglichkeiten haben, solche Menschen zu entlöhen? Könnte diese Ankündigung ein wenig provokativ sein?»

Minder schliesst dies nicht aus und räumt ein, dass auch seine Initiative eine Hintertür offenlässt und das Problem der Berater und insbesondere der ehemaligen Führungspersonen als Berater nicht löst. «Ich bin überrascht und enttäuscht über den Verwaltungsrat von Novartis», sagt auch Ethos-Chef Dominique Biedermann. «Das oberste strategische Gremium sollte nicht so stark abhängig sein von seinem ehemaligen Präsidenten. Das ist ungesund.»

Beantworten Sie dazu die Sonntagsfrage.

Mehr Themen finden Sie in der gedruckten Ausgabe oder über E-Paper!